

# WIRTSCHAFT

## MENSCHEN & MÄRKTE

ULRICH GRILLO

### Zweite Amtszeit als BDI-Präsident bestätigt

Beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) ist **Ulrich Grillo** als Präsident bestätigt worden. Der 55-Jährige wurde von der Mitgliederversammlung einstimmig für eine zweite zweijährige Amtszeit ab dem 1. Januar 2015 gewählt, wie der BDI mitteilte. Der Vorstandschef eines Metall- und Chemieunternehmens ist seit Anfang 2013 Präsident des BDI. Der Spitzenverband vereint nach eigenen Angaben 37 Branchenverbände und vertritt die Interessen von 100.000 Unternehmen mit acht Millionen Beschäftigten.

P. SCHARNER-WOLFF

### Otto Group tauscht Finanzchef aus

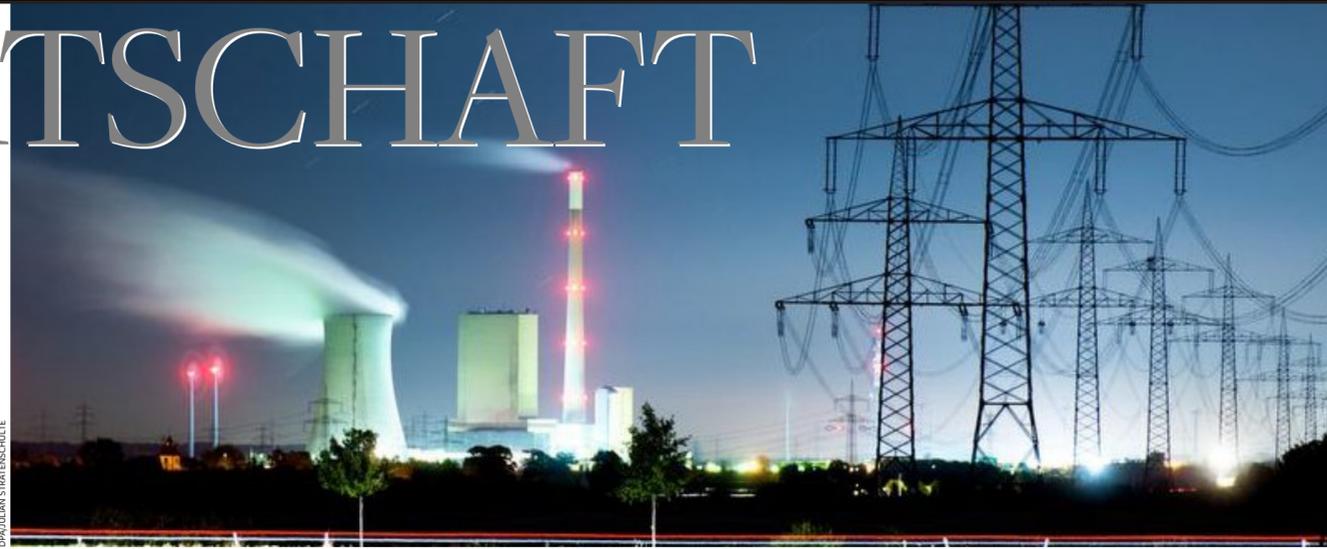
Der Versandhändler Otto Group wechselt den Finanzvorstand aus. Neue Finanzchefin wird nach einer Firmenmitteilung **Petra Scharner-Wolff**. Die 43-jährige Diplomkauffrau arbeitet seit 15 Jahren bei Otto, zuletzt als Bereichsvorstand. Ihr Vorgänger **Jürgen Schulte-Laggenbeck** verzichtete auf eine Verlängerung seines Vertrags, berichtete das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“. Das habe der 49-Jährige dem Familienrat von Otto mitgeteilt. Mitten in einer schwierigen Phase wegbrechender Gewinne muss Otto einen Großteil des Vorstandes neu besetzen. Im Jahr 2016 laufen Verträge von Konzernchef **Hans-Otto Schrader** und seinem Vize **Rainer Hillebrand** aus. Ob Service-Chef **Hanjo Schneider** (Hermes) weitermache, sei unklar. Möglicherweise werde Schrader gebeten, einige Jahre zu verlängern. *nic*

## THEMA



Sparsamkeit  
Viele Russen  
verzichten auf  
Urlaub im Ausland

Seite 10



Kohlekraftwerk Mehrum in Niedersachsen. Im deutschen Energiemix macht die klimaschädliche Kohlekraft knapp 45 Prozent aus

MARTIN GREIVE UND DANIEL WETZEL

**B**undeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) stößt mit seinen Plänen für zusätzliche CO<sub>2</sub>-Einsparungen bei den Betreibern von Kohlekraftwerken auf Skepsis. Gabriel will die Betreiber dazu verpflichten, ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen in den kommenden fünf Jahren um weitere 22 Millionen Tonnen zu senken. „Wir brauchen diesen zusätzlichen Beitrag, um das nationale Klimaziel zu erreichen“, sagte Gabriel nach einem Treffen mit Vertretern der Energiewirtschaft. Das Klimaziel sieht eine Verminderung der deutschen Kohlendioxidemissionen um 40 Prozent bis 2020 vor.

Die Unternehmen hätten „zurückhaltend-freundlich“ reagiert, sagte Gabriel. Es sei klar, dass es für seinen Vorschlag keine überschäumende Begeisterung gebe. Die Forderung des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), die Regelung mit Extraprüfungen für unrentable Kraftwerke zu verknüpfen, lehnte Gabriel ab. Oberstes Ziel sei es, die Strompreise zu stabilisieren, die Klimaziele zu schaffen und Versorgungssicherheit zu garantieren.

Gabriel will seinen Vorschlag nun in die Ressortabstimmung einbringen. Bis zum Sommer 2015 könnte das Gesetz stehen, hieß es. Es soll so gestaltet werden, dass die Unternehmen nicht auf Entschädigungen klagen können. Der Wirtschaftsminister sprach sich nach dem Treffen erneut gegen staatlich erzwungene Kraftwerksstilllegungen aus. Stattdessen soll es den Unternehmen freigestellt werden, „wie sie die ihnen auferlegten Minderungsbeiträge dauerhaft erbringen“, wie es in einem Strategiepapier des Ministeriums heißt.

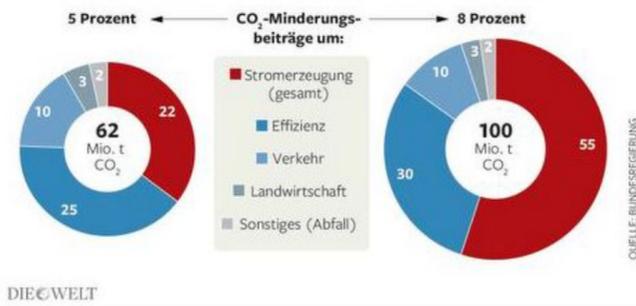
„Die Unternehmen können die Reduzierungen gleichmäßig auf ihre Kraftwerke verteilen, auf einzelne Anlagen konzentrieren und zwischen Anlagen übertragen.“ Damit werde ihnen „ein Maximum an Flexibilität gewährt“, während gleichzeitig „der Effekt auf die Preise am Großhandelsmarkt minimiert“ werde. Stein- und Braunkohlekraftwerke tragen heute noch über 45 Prozent zur Deckung des Strombedarfs bei. Unabhängige Sachverständige hatten allerdings be-

## Gabriel zielt auf die sanfte „Kohle-Wende“

Kraftwerke sollen CO<sub>2</sub>-Ausstoß senken, können aber in Betrieb bleiben. Betreiber skeptisch

### SO WILL DIE BUNDESREGIERUNG DIE CO<sub>2</sub>-LÜCKE SCHLIESSEN

Entsprechend dem nationalen Klimaziel soll die Emission der Treibhausgase bis 2020 gegenüber 1990 um 40 Prozent reduziert werden. Es verbleibt noch eine Lücke von 5 bis 8 Prozentpunkten, das sind 62 bis 100 Mio. Tonnen CO<sub>2</sub>



reits im Vorfeld des Treffens erklärt, dass sie die Regierungspläne für einen partiellen Kohleausstieg für unvereinbar mit europäischem Recht halten. „Es soll offenbar eine Art nationaler Emissionshandel innerhalb des europäischen Emissionshandels eingeführt werden“, sagte der Vorsitzende des Bundesverbandes Emissionshandel und Klimaschutz, BVEK, Jürgen Hacker. „Das wäre meines Erachtens unvereinbar mit EU-Recht.“ Die europäischen Regeln garantierten den Unternehmen, „frei“ mit Emissionsrechten zu handeln, betonte Hacker: Die teilnehmenden Anlagen müssten danach in ihrer absoluten Emissionshöhe frei bleiben. Nun plane die

Bundesregierung aber offenbar so etwas wie ein zusätzliches CO<sub>2</sub>-Budget für die deutschen Anlagen, die ihre Emissionsminderung bereits innerhalb des europäischen Handelssystems erbringen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine Klage der EU-Kommission die nationale Verteilung von Emissionszertifikaten komplett blockieren könnte. Für Industrie und Kraftwerksbetreiber könnte das ernste Konsequenzen haben. Gabriel hält dagegen seinen Vorschlag für „absolut kompatibel mit EU-Recht“.

Laut Strategiepapier des Bundeswirtschaftsministeriums wird Deutschland das selbst gesteckte CO<sub>2</sub>-Minderungsziel bis 2020 von 40 Prozent um fünf bis

acht Prozentpunkte verfehlen. Die CO<sub>2</sub>-Lücke mache in absoluten Zahlen damit 62 bis 100 Millionen Tonnen aus. Den Regierungsplänen zufolge soll der Verkehr, etwa durch Biospritbeimischung, zehn Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> zusätzlich sparen, die Landwirtschaft drei Millionen Tonnen, die Abfallwirtschaft zwei Millionen Tonnen. Allgemeine Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sollen weitere 25 bis 30 Millionen Tonnen bringen. Gelingt all dies, bliebe immer noch eine CO<sub>2</sub>-Lücke zwischen 22 und 55 Millionen Tonnen, die der Stromsektor erbringen soll.

Die Bundesregierung will jetzt diese Einsparverpflichtung „gleichmäßig“, das heißt proportional zu ihren historischen Emissionen auf die fossilen Kraftwerke in Deutschland verteilen. Die Betreiber können dann frei entscheiden, welchen Kraftwerken sie dann im Einzelnen die Minderungsleistung zuweisen. In den Zahlenspielen des Bundeswirtschaftsministeriums sieht die Belastung der Kraftwerksbetreiber gering aus: Pro Jahr müsste der Sektor die Emissionen nur um 4,4 Millionen Tonnen senken, was neben den Gesamtemissionen der Stromproduktion von 316 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> eher gering erscheint. „Der durchschnittliche zusätzliche Minderungsbeitrag wird circa 1,4 Prozent der historischen Emissionen pro Jahr betragen“, heißt es im Strategiepapier. Dies unterschlägt allerdings, dass einzelne Betreiber, allen voran die RWE, mit ihrer vergleichsweise schlechteren CO<sub>2</sub>-Bilanz einen Wettbewerbsnachteil erleiden dürften, weil sich ein Großteil der zusätzlich anfallenden Minderungsleistung allein auf sie konzentriert.

Bei den privaten Endverbrauchern würden sich die höheren Börsenpreise kaum bemerkbar machen, weil sie in diesem Fall zugleich von einer fallenden EEG-Umlage profitieren würden. Börsenstrompreis und EEG-Umlage sind nach dem Prinzip der kommunizierenden Röhren miteinander verbunden und gleichen sich wechselseitig aus. Der Teil der Industrie aber, der nicht von den Kostenprivilegien des EEG profitiert und sich bislang direkt am Großhandelsmarkt eingedeckt hat, würde durch die steigenden Börsenstrompreise voraussichtlich stark belastet.

## BDI warnt vor Stilllegung von Kohlekraftwerken

Industrie sieht 74.000 Arbeitsplätze gefährdet

**D**er BDI warnt vor negativen Folgen der Stilllegung von Kohlekraftwerken. „Unsere Studie belegt eindeutig: Kraftwerksstilllegungen schädigen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie ganz unmittelbar, ohne Nutzen für das Klima“, sagte BDI-Hauptgeschäftsführer Markus Kerber in Berlin nach der Veröffentlichung einer Studie zu möglichen Auswirkungen. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß werde durch das europäische Emissionshandelssystem bloß verlagert. Denn 95 Prozent der Leistung würden von ausländischen Kohlekraftwerken übernommen, die oft weniger effizient seien. „Statt nationaler Alleingänge brauchen wir mehr internationale Zusammenarbeit, die wenige Tage vor dem Start der nächsten Klimakonferenz global überzeugt“, mahnte Kerber.

Am Wochenende war ein Konzept des Bundeswirtschaftsministeriums bekannt geworden, nach dem bis zum Jahr 2020 Kohlekraftwerke aus dem Markt gedrängt werden sollen. Die Betreiber sollten danach verpflichtet werden, bis 2020 mindestens 22 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) in ihrem Kraftwerkspark einzusparen. Die Menge werde auf alle Kraftwerke gleichmäßig verteilt. Dies würde umgerechnet das Aus für etwa acht alte Braun- oder Steinkohleleimer bedeuten. Hintergrund des Konzepts ist, dass die Bundesregierung nach derzeitigem Stand ihr selbst gesetztes Klimaziel für 2020 verfehlen wird. Bis dann soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent sinken.

Der Studie des BDI zufolge würde der Strompreis bis 2020 um knapp sieben Euro pro Megawattstunde steigen, wenn Kohlekraftwerke mit einer Leistung von rund zehn Gigawatt Leistung stillgelegt würden. Besonders energieintensive Industrien hätten laut der Erhebung der Institute r2b energy consulting und Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) einen Wettbewerbsnachteil. Gewarnt wird auch vor dem Verlust von 74.000 Arbeitsplätzen. Die Studie geht davon aus, dass die Stromerzeugung nicht von deutschen Gaskraftwerken, sondern von Importen aus dem Ausland übernommen würden.

Die internationale Ärzteorganisation IPPNW hat Umweltministerin Barbara Hendricks und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (beide SPD) aufgefordert, sich für die schrittweise Stilllegung konventioneller Kraftwerke einzusetzen. Als Ärzte in sozialer Verantwortung mache IPPNW auf die gesundheitsrelevanten Folgen der Kohlewirtschaft aufmerksam.

ANZEIGEN

## Warum nicht mal kurz das Leben zwischenspeichern?

Unser halbes Leben liegt schon heute als Backup in der Cloud. Vielleicht lassen sich bald auch echte Erinnerungen sichern. WIRED berichtet von Menschen, Ideen und Innovationen, die unser Leben für immer verändern – aus Technologie, Digitalkultur, Wissenschaft, Business und Design. Entdecken Sie mit WIRED eines der größten Abenteuer: die Erfindung der Zukunft.

Jetzt im Handel und 24/7 digital



WIRED GERMANY

Zukunft ist Einstellungssache.

www.WIRED.de